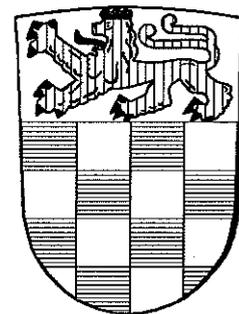


# STADT SANKT AUGUSTIN



Sehr geehrte Damen und Herren,

ich lade Sie zu der unten näher bezeichneten Sitzung ein. Die Tagesordnung ist beigelegt.

Sankt Augustin, den 05.09.2017

Mit freundlichen Grüßen

  
Klaus Schumacher  
Bürgermeister

## 7. Sitzung des Unterausschusses für Bürgerangelegenheiten

Sitzungsort Eschenzimmer, Raum 122, Markt 1, 53757 Sankt Augustin				
Datum 20.09.2017	<input checked="" type="checkbox"/> öffentliche Sitzung	Uhrzeit 17:30 Uhr	<input checked="" type="checkbox"/> nicht- öffentliche Sitzung	Uhrzeit anschließend

# EINLADUNG

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

- 1**            17/0272    **Antrag der Stadtschulpflegschaft Sankt Augustin, Gelder aus dem Programm 'Gute Schule 2020' nicht für laufende Projekte, sondern für zusätzliche Aufgaben zu verwenden**  
Seite: 1      Berichterstatter: Dez. I
  
- 2**            17/0273    **Bürgerantrag; AK ÖPNV öffentlich oder Bildung eines UA für die Aufgaben des AK ÖPNV**  
Seite: 2      Berichterstatter: Dez. I

DS-Nr. 17/0272

Vorsitzender der Stadtschulpflegschaft der Stadt Sankt Augustin

30.6.2017

Bürgerantrag

Sehr geehrter Herr Schumacher,

die Stadtschulpflegschaft der Stadt Sankt Augustin stellt hiermit gemäß § 24 der Gemeindeordnung den folgenden Antrag:

Die Stadtschulpflegschaft der Stadt Sankt Augustin beantragt, dass die Gelder aus dem Programm „Gute Schule 2020“ nicht für laufende Projekte, sondern für zusätzliche Aufgaben verwendet werden. Dafür soll eine mit allen Beteiligten – Schulen, Verwaltung, Politik und Eltern (SSP) – abgestimmte Übersicht der weiteren notwendigen Maßnahmen erstellt werden. Diese soll dann als Entscheidungsgrundlage für die entsprechenden Gremien dienen.

Begründung: Die Stadtschulpflegschaft ist der Meinung, dass es dem Geist des Gesetzes widerspricht, die Fördermittel für laufende Projekte zu verwenden, um die frei werdenden Mittel z. B. für den Kita-Ausbau zu verwenden. Dadurch werden dringend notwendige Sanierungsvorhaben, die z. T. noch nicht im Projektprioritätenplan des Fachbereichs 09 aufgenommen sind, unverzüglich verzögert. Wir zählen hierzu vor allem die dringend nötige Renovierung der Toiletten an fast allen Schulen der Stadt Sankt Augustin sowie die Wärmedämmung der Schulen, welche wiederum eine Senkung der laufenden Kosten nach sich ziehen würde.

Teilen Sie mir bitte mit, in welchem Gremium dieser Antrag behandelt wird, damit ich oder einer meiner Vertreter dieses Ansinnen vertreten kann.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender der Stadtschulpflegschaft der Stadt Sankt Augustin

20.07.2017

An den  
Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses  
des Rates der Stadt Sankt Augustin  
Herrn Bürgermeister Klaus Schumacher  
Markt 1

53757 Sankt Augustin

**Antrag gemäß § 24 der Gemeindeordnung NRW (GO NRW) in Verbindung mit § 6 der Hauptsatzung der Stadt Sankt Augustin für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 20.09.2017**

Es wird beantragt, dass der AK ÖPNV ab sofort zu seinen Sitzungen die Öffentlichkeit zulässt oder dass für die Aufgaben des Arbeitskreises ein Unterausschuss gebildet wird.

Begründung:

Der Ausschuss für Umwelt, Planung und Verkehr hat nach der Zuständigkeitsordnung des Rates die Entscheidungsbefugnis für Angelegenheiten des öffentlichen Nahverkehrs. Die Sitzungen des Ausschusses sind öffentlich. Die Vorlagen zu diesem Gremium werden aber bereits im AK ÖPNV erarbeitet. Dem AK gehören Vertreter der Verwaltung, der im Rat der Stadt Sankt Augustin vertretenen Parteien, der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft und des Rhein-Sieg-Kreises an. Hier werden Fahrplanänderungen, Linienenerweiterungen, Endhaltstellen usw. im Rahmen der Aufstellung des Nahverkehrsplanes bereits richtungweisend vorbereitet und abgesprachen.

Die Öffentlichkeit ist zu diesem Arbeitskreis nicht zugelassen. Kein Bürger hat die Möglichkeit, seine Bedenken und Anregungen über seinen Ratsvertreter bzw. in der Fragestunde für Einwohner zu äußern. Die Vergangenheit hat gezeigt, wie wichtig Transparenz zu diesem sensiblen Thema ist. Bürger wurden durch Fehlentscheidungen der Politik in der Vergangenheit in ihrer Lebensqualität zum Teil erheblich beeinträchtigt. Bürgerproteste waren damit unvermeidbar.

Die einfachste und sinnvollste Lösung wäre, den Arbeitskreis ÖPNV durch einen Unterausschuss zu ersetzen. Dieser unterläge dann den kommunalverfassungsrechtlichen Vorschriften und damit automatisch den Bestimmungen der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung. Die Sitzungen würden im Sitzungskalender aufgeführt sein und die Einladungen müssten öffentlich bekannt gegeben werden. Die kompletten Sitzungsvorlagen würden im Ratsinformationssystem session für den Bürger lesbar sein. Die Öffentlichkeit könnte seinerseits mit Anregungen und Bedenken reagieren, welche in die Beratung einfließen würden. Auch gäbe es endlich ein Protokoll der Sitzungen.

Damit wäre die maximale Transparenz gegenüber dem Bürger gewährleistet.

Der Antrag ist form- und fristgerecht.

Mit freundlichen Grüßen